

Meissner, Werner

Article — Digitized Version

Umweltpolitik und Beschäftigung: Bemerkungen zum Aufsatz von Kabelitz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Meissner, Werner (1980) : Umweltpolitik und Beschäftigung: Bemerkungen zum Aufsatz von Kabelitz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 1, pp. 44-45

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135399>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Umweltpolitik und Beschäftigung

Bemerkungen zum Aufsatz von Kabelitz

Werner Meißner, Frankfurt

Herr Klaus R. Kabelitz (BDI) bezieht sich auf meinen Aufsatz „Umweltpolitik und Beschäftigung“, der sich im wesentlichen auf zwei Studien stützt, die ich zusammen mit E. Hödl für das Bundesinnenministerium angefertigt habe.

Die Studie „Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes“ erschien 1977. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen nennt sie in seinem Gutachten 1978 „die erste grundlegende deutsche Untersuchung“ (Ziffer 1727). Die Datenbasis für Umweltaufwendungen lieferte dabei die Battelle-Studie von 1975 „Schätzung der monetären Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen bis zum Jahre 1980“. Die Methode war an ein Verfahren angelehnt, wie es von der ökonomischen Expertengruppe der Umweltabteilung in der OECD benutzt wurde (OECD-Dokument, Environment Committee, Group of Economic Experts: Employment Effects of Environmental Policies, Paris 1976). Von den Ergebnissen dieser Studie fanden besonders die Schätzungen der positiven Beschäftigungswirkungen Aufmerksamkeit. Sie sind in meinem Aufsatz wiedergegeben.

Jeder Ökonom, der empirisch arbeitet, weiß, daß er stellenweise das methodisch Wünschbare an das datenmäßig verfügbare anpassen muß. Derartige Schwierigkeiten und Einschränkungen sind in der Studie 1977 ausdrücklich genannt worden. Herr Klaus R. Kabelitz macht daraus eine „Mängelliste“. Solcher

TÜV-Jargon ist in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung unüblich.

Es gab zwei Hauptargumente gegen diese Studie: Die positiven Effekte seien überschätzt worden. Die negativen Effekte seien gar nicht erfaßt worden. In einer zweiten Studie, die im Juni 1978 unter dem Titel „Auswirkungen der Umweltpolitik auf den Arbeitsmarkt“ vom Bundesinnenministerium veröffentlicht wurde, ist diesen Argumenten nachgegangen worden.

Zu den positiven Effekten: Neben den Battelle-Daten lagen inzwischen neue Daten über Umweltinvestitionen der Industrie 1971-1975 vor (Anlage zum Sonderdruck des Ifo-Schnelldienstes Nr. 8, 15. 3. 1977, und Statistisches Bundesamt IV B/42, Stand 15. 3. 1977). Die Ifo-Angaben lagen etwas unter den Schätzungen von Battelle, die Daten des Statistischen Bundesamtes, die nur für 1975 verfügbar waren, bewegten sich eher auf der Linie der Battelle-Schätzungen. Die bereits genannten Größenordnungen für den positiven Beschäftigungseffekt sind daraufhin nicht verändert worden.

Zu den negativen Effekten: Hier lag das Hauptgewicht der zweiten Studie. Eine quantitative Beurteilung ist hier weit schwieriger als im positiven Bereich. Es braucht aber auch gar nicht überall geschätzt zu werden. Mit dem Argument der sinkenden Kapitalproduktivität oder der alternativen Verwendung kann man sich auch analytisch auseinandersetzen.

Immerhin, das Argument der alternativen Verwendung, mit dem Herr Klaus R. Kabelitz noch die erste Studie (1977) attackierte (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Blick durch die Wirtschaft, 24. 12. 1977), ist nun nicht mehr zu hören. Wo eine Schätzung versucht wurde (Grenzbetriebe, Investitionsstau, internationaler Wettbewerb), ist das vorhandene Datenmaterial (etwa die Zusammenstellung des BDI, Investitionsstau in der

Prof. Dr. Werner Meißner, 42, ist Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Direktor des Seminars für Volkswirtschaftslehre an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt.

deutschen Wirtschaft, Stand: März 1978) stets so interpretiert worden, daß die Größenordnung der negativen Beschäftigungseffekte eher an der oberen Grenze lag. Es wurde kein Hehl daraus gemacht, daß dabei der Übergang von „estimation“ zu „guesstimation“ fließend ist. Eine reine Ermessensfrage ist es jedoch nicht.

Das zusammengeführte Ergebnis beider Studien, wie es in meinem Aufsatz wiedergegeben ist, kommentierte Prof. H. J. Krupp (Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin) so: „Die Berechnungen von Meißner und Hödl sind meiner Einschätzung nach eher vorsichtige Berechnungen. Wahrscheinlich dürfte der positive Beschäftigungseffekt etwas größer sein.“ (Manuskript des Vortrages auf dem Forum Zukunft, Lübeck, 22./23. März 1979). Der BDI war da stets anderer Meinung. Er erhoffte sich eine genauere Antwort auf die Frage nach dem Zusammenhang von Umweltpolitik und Beschäftigung, als er das Ifo-Institut mit einer entsprechenden Untersuchung beauftragte.

Das Ergebnis dieser Studie, die zwar auch – wen würde das wundern – zuweilen mit kühnen Annahmen und weichen Daten operieren muß, sicherlich aber auch dem Stand der Kunst entspricht, war allerdings so, daß – glaubt man dem „Spiegel“ (Ausgabe vom 7. 5. 1979) – es zunächst nicht sicher war, ob sie das Licht der Öffentlichkeit erblicken würde. Die Kernaussage: 250 000 durch Umweltpolitik gesicherte Arbeitsplätze im Jahre 1980. Damit sollte das Thema eigentlich erledigt sein.

Zitate – Interpretationen

□ „Umweltpolitik und Beschäftigung“ (Überschrift M.)

„Umweltpolitik als Beschäftigungspolitik?“ (Überschrift K.)

Wenn hier die Vermutung nahegelegt werden soll, die Studien über Umweltpolitik und Beschäftigung seien erstellt worden, um damit „eine konjunkturpolitisch motivierte Forcierung der Umweltschutzinvestitionen“ (K.) zu begründen, so darf wiederholt werden: „Zuweilen ist die Intention dieser Untersuchungen mißverstanden worden. Es wurde die Vermutung geäußert, die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sollten das wichtigste Argument für die Fortsetzung einer konsequenten Umweltpolitik liefern. Das trifft nicht zu. Die Umweltpolitik braucht diese Rechtfertigung nicht. Ihre Zielsetzung, die Verbesserung unserer Lebensbedingungen, reicht zur Begründung aus.“ (M.)

□ „... wo dem Politiker detaillierte Zahlen mit einer vorgegebenen wissenschaftlich-mathematischen Exaktheit an die Hand gegeben werden.“ (K.)

Dagegen: „Es ist klar, daß dieses Verfahren nur zu groben Aussagen gelangen kann... Die Schätzung liegt damit wahrscheinlich zu hoch und sicherlich nicht zu niedrig... Es liegt an der Grenze der wissenschaftlichen Vertretbarkeit, aus dieser groben Schätzung eine Größe abzuleiten... Als Höchstgrenze werden etwa x Arbeitsplätze angegeben.“ (M.)

Wissenschaftlich-mathematische Exaktheit?

□ „Die in der Ifo-Studie ermittelten Arbeitsplatzverluste sind allerdings nur ein Bruchteil der tatsächlich durch den Umweltschutz freigesetzten Arbeitskräfte.“ (K.; Hervorhebung von M.) Dagegen halte ich aufrecht: „Wer weiterhin behauptet, die Umweltpolitik gefährde Arbeitsplätze, mag darlegen, worauf sich diese Behauptung stützt.“ (M.)

Die Studien von Meißner/Hödl und die Ifo-Studie unterscheiden sich an einigen – auch wichtigen – Punkten hinsichtlich ihrer Annahmen, ihrer Methoden, der Datenbasis, der Teilergebnisse. Dies gegeneinander abzuwägen, auch gegeneinander auszuspielen, ist gute wissenschaftliche Tradition. Nur das zu akzeptieren, was ins Konzept paßt (von der M/H-Studie die höheren negativen und von der Ifo-Studie die niedrigeren positiven Effekte), und zu kritisieren, was nicht genehm ist (die zu hohen positiven Effekte der M/H-Studien und die zu niedrigen negativen Effekte der Ifo-Studie), das ist (gute?) Öffentlichkeitsarbeit.

Ergebnis

□ Die vorhandenen deutschen Untersuchungen zum Zusammenhang von Umweltpolitik und Arbeitsmarkt weisen einen insgesamt positiven Beschäftigungseffekt aus.

□ Untersuchungen in anderen westlichen Industrieländern bestätigen dieses Ergebnis.

□ Der positive Effekt auf den Arbeitsmarkt sollte kein Argument für eine konjunkturinstrumentale Umweltpolitik sein.

□ Er sollte auch nicht das Hauptargument für eine konsequente Umweltpolitik sein. Die ideale Umweltpolitik hat nämlich eine Beschäftigungswirkung von Null: Es ist eine Politik, die den Umweltaspekt immer stärker in den Produktions- und Konsumprozeß integriert und somit den Umweltschutz erübrigt.